

HR

CRONEMEYER HAISCH

RECHTSANWÄLTINNEN

Der Digital Services Act (DSA) und aktuelle netzpolitische Entwicklungen im Kampf gegen digitale Gewalt

von Verena Haisch

Das NetzDG – eine echte „Zeitenwende“

- NetzDG trat am 01. Oktober 2017 in Kraft
- Durch den Digital Services Act (DSA) wird NetzDG ersetzt und aufgehoben
- Der DSA ist das neue entscheidende Gesetz zur Regulierung digitaler Dienste und Plattformen in der Europäischen Union („Grundgesetz des Internet“)
- Ziel ist es, Nutzer*innen im Netz besser zu schützen und Unternehmen im gesamten Binnenmarkt Rechtssicherheit zu bieten
- Teile bereits am 16. November 2022 in Kraft getreten; gilt vollumfänglich ab dem 17. Februar 2024

Anwendungsbereich des DSA

- **Anbieter von digitalen Vermittlungsdiensten**, die Nutzer*innen Zugang zu Waren, Dienstleistungen und Inhalten verschaffen (d.h. reine Durchleitungsdienste, Caching-Dienste, Hosting-Dienste, Online-Plattformen, Online-Suchmaschinen)
- Auch dann, wenn sie ihren Sitz **nicht in der EU** haben
- Vermittlungsdienste müssen **wesentliche Verbindung zur EU** (Art. 3 lit. e DSA) aufweisen, entweder durch Niederlassung in EU, erhebliche Anzahl von Nutzern aus der EU oder Ausrichtung von Aktivitäten auf EU-Mitgliedsstaaten

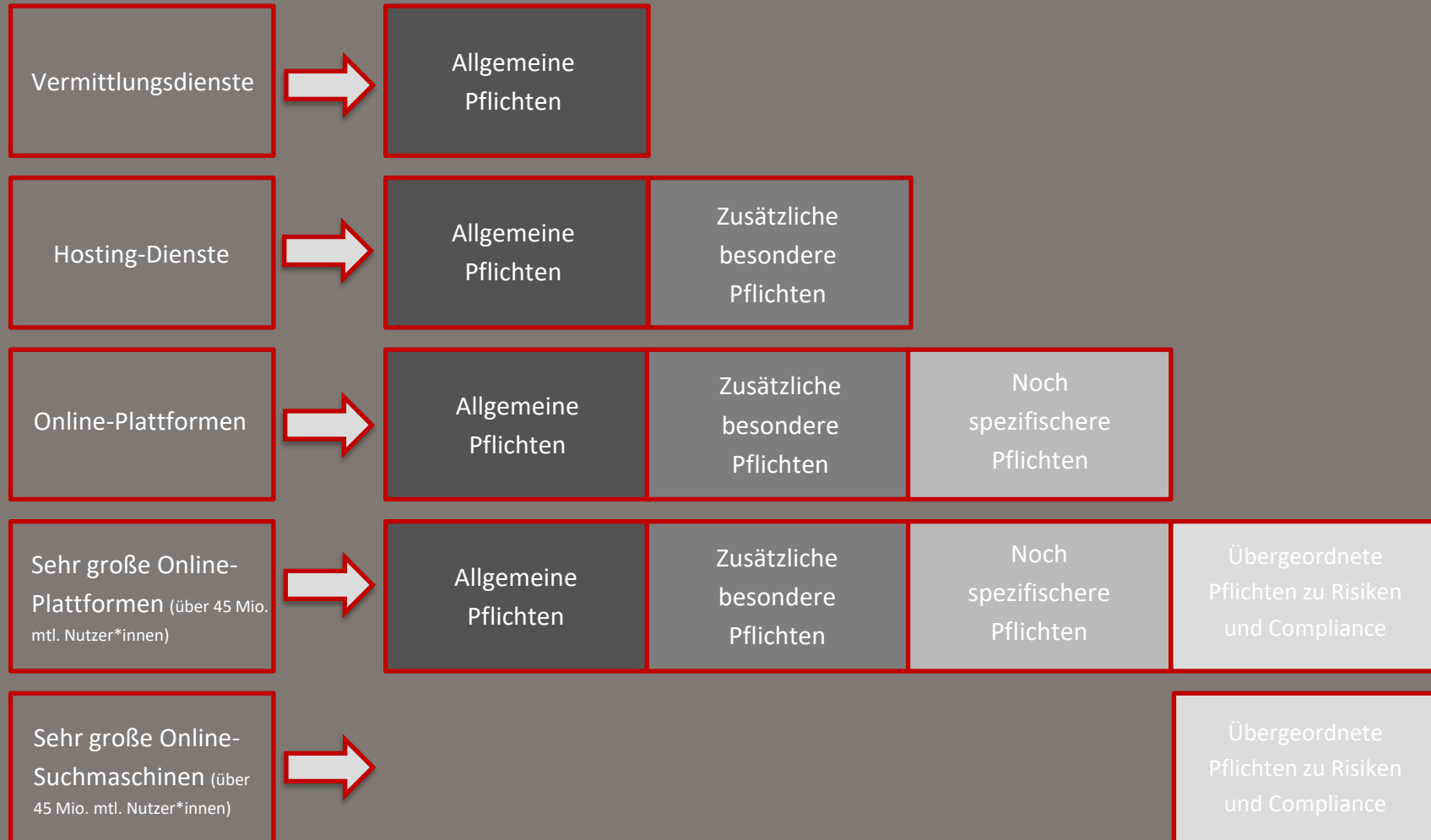
Welche bekannten Regelungen finden sich im DSA wieder?

- **Allgemeine Haftungsregelungen**, insb. zur Haftung für fremde Inhalte, bleiben in der aus E-Commerce-Richtlinie bekannten Form bestehen („notice and action“)
- **Transparenz- und Berichtspflichten** umfassen im Grundsatz die gleichen Inhalte und erfüllen identische Funktionen
- **Umgang mit Beschwerden** ist an § 3 NetzDG angelehnt
- **Gegenvorstellungsverfahren** nach § 3b NetzDG bzw. **Schlichtung** nach § 3c NetzDG

Wichtigste Neuerungen

1. Haftungsregeln für Alle
2. Alle „illegalen Inhalte“
3. Stärkere Verbraucherrechte – auch mit Blick auf „Empfehlungssysteme“
4. Mehr Transparenz
5. Bundesnetzagentur wird „Digital Services Coordinator“
6. Europäische Kommission kümmert sich um die VLOPs und VLOSEs

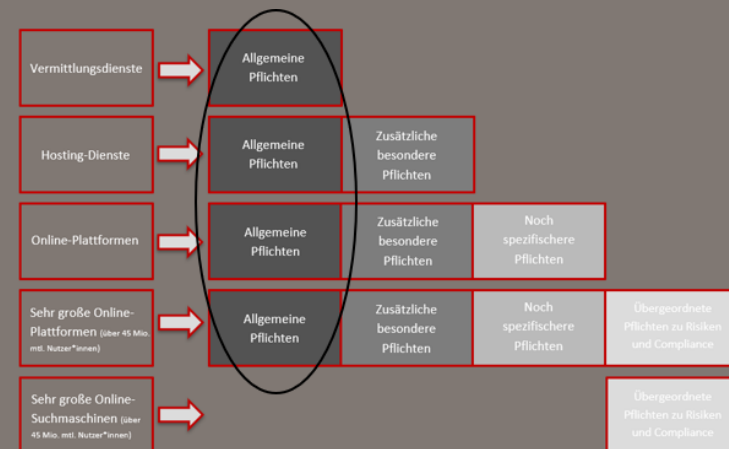
Wer wird durch die Regelungen zu was verpflichtet?



Die neuen Verpflichtungen im Einzelnen (I)

- **Allgemeine Pflichten, Art. 11 bis 15 DSA:**

- **Kontaktstellen** für Nutzer*innen und Behörden
- Benennung eines **Gesetzlichen Vertreters** (falls keine Niederlassung in der EU)
- **Jährliche** Veröffentlichung von **Transparenzberichten**
- Besondere Anforderungen an AGB (Transparenz bzgl. Algorithmen, Berücksichtigung der Grundrechte etc.)
- Zusammenarbeit mit **nationalen Behörden**



Die neuen Verpflichtungen im Einzelnen (II)

- **Zusätzliche besondere Pflichten für Hosting-Dienste, Art. 16 bis 18 DSA:**

- **Melde- und Abhilfeverfahren („notice and action“):** Anforderungen an substantiierte Meldungen rechtswidriger und „schädlicher“ Inhalte und Handlungspflichten der Dienste

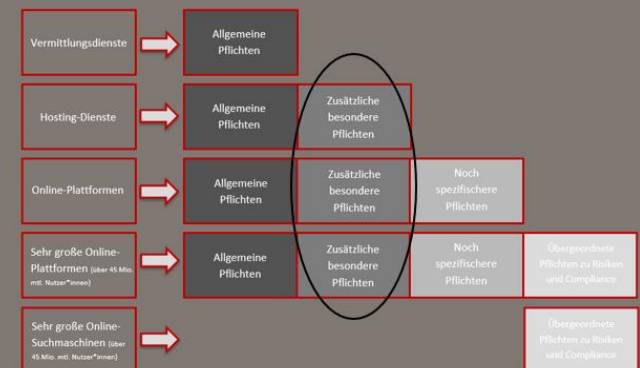
- Entscheidung: „zeitnah, sorgfältig, frei von Willkür und objektiv“

- Einzelfallbegründung mit Hinweisen auf Rechtsmittel

- Genaue Erläuterung der getroffenen Maßnahmen

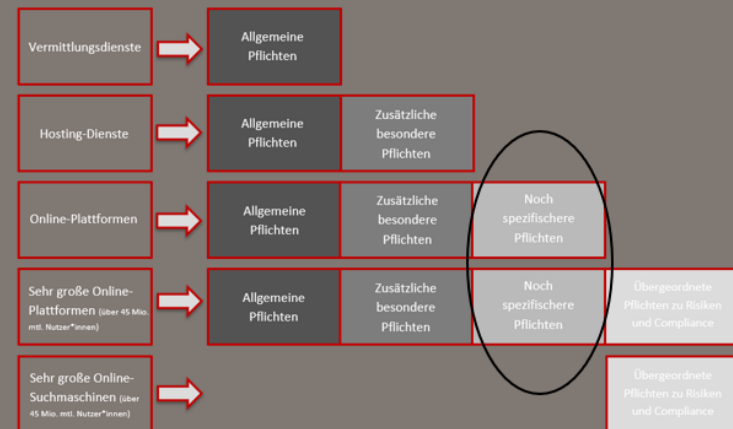
(Dauer, räumlicher Geltungsbereich etc.)

- **Meldung von Straftaten** (Straftat, die Gefahr für Leben oder Sicherheit einer Person darstellt)



Die neuen Verpflichtungen im Einzelnen (III)

- **Noch spezifischere Pflichten für Online-Plattformen, Art. 19 bis 32 DSA:**
 - **Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismus** („zeitnah, diskriminierungsfrei, sorgfältig, frei von Willkür“)
 - **Außergerichtliche Streitbeilegung** mit staatlich zugelassener Stelle („kleines“ Kostenrisiko)
 - Vertrauenswürdige Hinweisgeber („**trusted flaggers**“) – Meldungen vorrangig behandelt
 - Transparente, steuerbare **Empfehlungssysteme** (AGB!)
 - **Sperrung von Nutzer*innen**, die regelmäßig illegale Inhalte bereitstellen (zeitweise, nach vorheriger Warnung) oder legale melden (AGB!)
 - Halbjährliche Veröffentlichung von **Nutzer*innenzahlen**
 - **Entscheidungsdatenbank**



Die neuen Verpflichtungen im Einzelnen (IV)

- **Übergeordnete Pflichten zu Risiken und Compliance für Very Large Online Platforms (VLOPs) und Very Large Online Search Engines (VLOSEs), Art. 33 bis 43 DSA:**

- **VLOPs**

Alibaba Aliexpress, Amazon Store, Apple App Store, Booking.com, Facebook, Google Maps, Google Play, Google Shopping, Instagram, LinkedIn, Pinterest, Snapchat, TikTok, Twitter, Wikipedia, Youtube, Zalando

- **VLOSEs**

Bing, Google Search

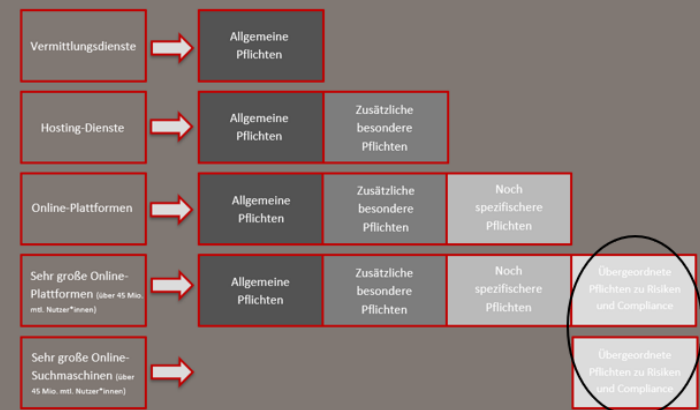
Die neuen Verpflichtungen im Einzelnen (V)

- **Übergeordnete Pflichten zu Risiken und Compliance für Very Large Online Platforms (VLOPs) und Very Large Online Search Engines (VLOSEs), Art. 33 bis 43 DSA:**

- Jährliche **Risikoermittlung**, -bewertung und -minderung
Systemische Risiken, inkl. Algorithmen, AGB, Moderation von Inhalten etc.:

Geschlechtsspezifische Gewalt, Verbreitung rechtswidriger Inhalte, Auswirkungen auf Grundrechte, gesellschaftliche Debatte, Wahlprozesse oder öffentliche Sicherheit und Gesundheit, Minderjährigenschutz, Schutz körperlichen und geistigen Wohlergehens

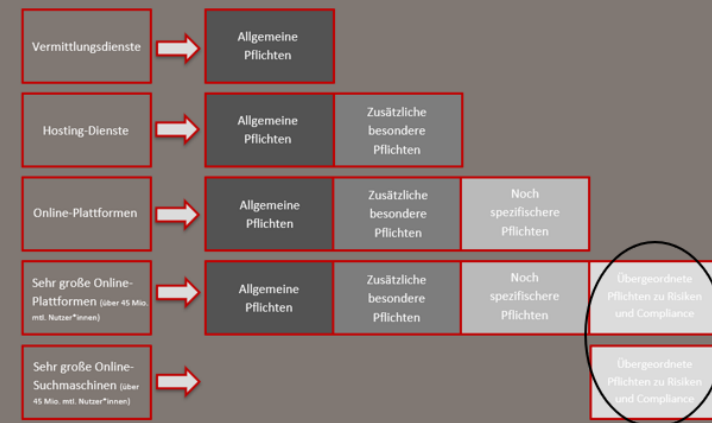
- Maßnahmen: Angemessen, verhältnismäßig, wirksam; z.B. Kennzeichnung von Deepfakes
UND jährliche Berichtspflicht



Die neuen Verpflichtungen im Einzelnen (VI)

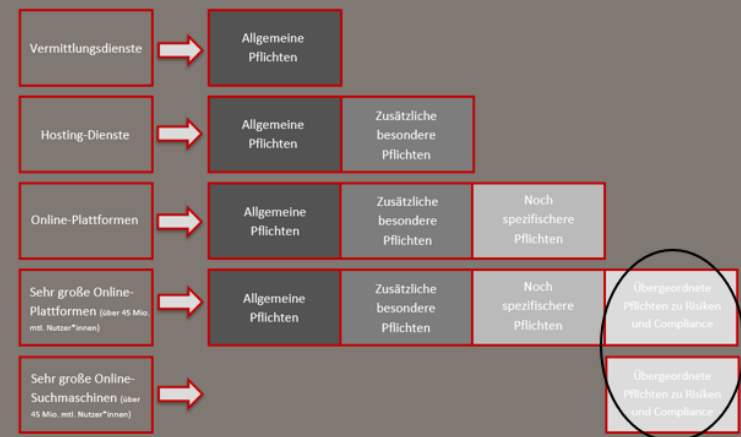
- **Übergeordnete Pflichten zu Risiken und Compliance für Very Large Online Platforms (VLOPs) und Very Large Online Search Engines (VLOSEs), Art. 33 bis 43 DSA:**

- **Krisenreaktionsmechanismus** (Beschluss der Kommission)
- Jährliche, externe und unabhängige **Prüfungen** der Erfüllung aller Pflichten mit Prüfbericht und „Zeugnis“
- Offengelegte, optionale **Empfehlungssysteme**
- Unabhängige **Compliance Abteilung** (zuständig für Einhaltung DSA, u.a. für Risiken), die an oberstes Management berichtet („ausreichend Zeit“)



Die neuen Verpflichtungen im Einzelnen (VI)

- **Übergeordnete Pflichten zu Risiken und Compliance für Very Large Online Platforms (VLOPs) und Very Large Online Search Engines (VLOSEs), Art. 33 bis 43 DSA:**
 - **Datenaustausch** mit Behörden und Forschung
 - Strengere Anforderungen an **halbjährliche Transparenzberichte**
 - Möglichkeit der Einrichtung von Verhaltenskodizes durch/mit Kommission und internationalen „Normen“
 - **Aufsichtsgebühr** zahlen



Wer ist zuständig?

- **Koordinatoren für digitale Dienste**
 - Bis 17. Februar 2024 zu benennen; in Deutschland wahrscheinlich: BNetzA und andere
 - Zuständig für alle Fragen im Zusammenhang mit der Durchsetzung und Überwachung des DSA
 - Muss unabhängig, nicht weisungsgebunden, unparteiisch und mit ausreichend Ressourcen ausgestattet sein
 - Informations-, Anordnungs-, Durchsetzungs- und Untersuchungsbefugnisse, bis hin zu „Nachprüfungen“ vor Ort
 - Verhängung von Sanktionen (Geldbußen: bis zu 6% des weltweiten Jahresumsatzes, Zwangsgeld)
 - Aufforderung an Justizbehörde, den Zugang der Nutzer zu dem Dienst (vier Wochen) einzuschränken („Abschalten“ und/oder App-Store Sperre?)
- **Europäische Kommission** (obiges bei VLOPs und VLOSEs)
- **Europäisches Gremium für digitale Dienste**
(unabhängige Beratergruppe, unterstützt bei gemeinsamen Untersuchungen und bei VLOPs und VLOSEs)
- Auch möglich: **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** (insb. bei untätigem Koordinator am Sitz der Niederlassung) und Amtshilfe

Ansprüche von Betroffenen

- Beschwerderecht für alle bei Zuwiderhandlungen gegen den DSA (Art. 53); Vertretung durch Verbände möglich
- Hinweis in Art. 54 auf Schadensersatzanspruch wohl nur klarstellend
- Verbandsklagerecht (Art. 86)
 - Vertretung der Nutzer*innen durch Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen
 - Wahrnehmung der durch den DSA übertragenen Recht in deren Namen
- Darüber hinaus keine unmittelbare Anspruchsgrundlage

Kritik

- Betroffene bleiben trotz Gutachten, Risikobewertungen und Krisenplänen allein
- Regelungen zu Zustellungsbevollmächtigten unvollständig
- Frage von gerichtlich anzuordnenden Accountsperrern nicht umfasst
- Umsetzung bleibt Bewährungsprobe für die Kommission
- Massenhaft Behörden, Berichte und Bürokratie
- Im Vergleich zu NetzDG weniger strenge Fristen

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit.